

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 auf den vom 1. April an wöchentlich dreimal erscheinenden „Social-Demokrat“ bitten wir außerhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungsverlegern bei Zeiten zu machen. Der Abonnements-Preis ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 27. März.** [In der Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz-Frage] bieten uns die der preussischen Regierung nahestehenden Blätter wieder ein eigenhümliches Schauspiel dar. Die „Kreuzztg.“ erblickt in Allem, was nur immer vorgekommen und nicht vorgekommen ist, Symptome des Friedens und der Freundschaft, während sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in diesem Punkte äußerst sceptisch verhält, und mit scrupulöser Gewissenhaftigkeit alle Nachrichten über österreichische Truppenmärsche und angebliche Militärbefehle zusammenstellt.

Die „Kreuzztg.“ schreibt:
Im Ganzen scheint die Hoffnung auf eine friedliche Lösung, die auch ein Brief des Kaisers Franz Joseph an Se. Majestät den König — aus Gelegenheit des Geburtstages Königs Wilhelm — betont haben soll, jetzt überwiegend zu sein, aber ohne daß irgend welche Detailvorschläge behufs der Ausgleichung bis jetzt bekannt geworden wären.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hingegen versichert an officiöser Stelle:

Die Erzählungen der Berliner „Börsen-Zeitung“ und der Wiener „Debatte“ von einem Schreiben Sr. M. des Kaisers von Oesterreich an Se. M. den König in Veranlassung des Geburtstages Allerhöchstdieselben sind unrichtig. Sogar der sonst bei dieser Festfeier zwischen Monarchen übliche telegraphische Gruß scheint unterblieben zu sein.

Hat Nichts zu bedeuten! Harmlose Demonstrationen, weiter nichts! —

[Preussische Preßschiakale.] Verurtheilt wurde gestern vom Kammergericht der Redacteur der „Staatsb. Ztg.“ Herr Richter, und der Literat Held, letzterer als Verfasser von vier das Kölner Abgeordnetenfest betreffenden Artikeln des genannten Blattes. Es gelang dem Verteidiger, Rechtsanwalt Holtzoff, das in erster Instanz auf 14 Tage Gefängniß lautende Urtheil gegen Richter auf 10 Thlr. Geldbuße zu mildern, indem der Gerichtshof seiner Meinung beitrug, die Schuld nur nach §. 37 des Preßgesetzes zu bemessen; das Urtheil gegen Held, 4 Wochen Gefängniß, wurde pure bestätigt. — Vor dem Obertribunal wurde am Sonnabend der Proceß gegen den Redacteur der „Magdb.

Presse.“ Abgeordneten Hoppe, wegen eines Artikels über das Kölner Abgeordnetenfest verhandelt. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde zurückgewiesen, somit das auf vier Monat Gefängnißstrafe lautende Urtheil des Magdeburger Appellationsgerichts bestätigt. — Angeklagt ist: die Redaction des „Sörliger Anzeigers“ wegen eines im Januar vorigen Jahres aus der Wiener „Neuen freien Presse“ abgedruckten Feuilletonartikels über die Wittel, Preßprozesse zu vermeiden. Ein Wittenberger Blatt hatte dem „Anzeiger“ den amüsanten Artikel entnommen und, deshalb in Anklage verlegt, den „Sörl. Anz.“ als Quelle angegeben, obwohl im Eingange des Artikels die „N. fr. Presse“ ausdrücklich bezeichnet war. Nachdem das Ober-Tribunal die Strafbarkeit dieses in sehr vielen Blättern abgedruckten und sonst überall unverfolgt gebliebenen Artikels festgestellt, ist die Staats-Anwaltschaft auch gegen den „Anzeiger“ eingeschritten. — Freigegeben in Folge richterlicher Entscheidung sind die am 26. Febr. d. J. auf Ordre des Hrn. Ministers des Innern, Grafen zu Entenburg, von der Düsseldorf'scher Polizeibehörde mit Beschlag belegten Nr. 56 (Erstes und Zweites Bl.) und 53 (Erstes Bl.) der „Rhein. Ztg.“, in welchen der Vorbericht der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über den Staatshaushaltsetat pro 1866 veröffentlicht wurde.

* **Hannover, 26. März.** [Die Ständeverammlung] wird durch eine Proclamation des Königs zur zweiten ordentlichen Diät auf den 18. April d. J. zusammengerufen.

Ausland.

* **Paris, 25. März.** [Tagesbericht: Die „France“ und der „Moniteur Universel“ über die Kriegsgesfahr. Das „Echo du Nord“. Das „Pays“ über den Tiers-Parti. Louis Philipp's Gemahlin f. Internationales Paßwesen. Arbeitseinstellung.] Die „France“ fürchtet, wie sie sagt, „trotz des kriegerischen Scheines, den sie Herr v. Bismarck giebt“, nichts für die Störung des Friedens, denn: „Deutschland will nicht aufgeschreckt und Europa nicht beunruhigt sein in seinen friedlichen Interessen und dem Gleichgewicht der modernen Gesellschaften“. Auch der „Moniteur Universel“ glaubt an den Frieden und stellt österreichische Kriegsrüstungen in Abrede. — Wie die Presse behandelt wird, beweist die Verwarnung des „Echo du Nord“ (es erscheint in Fille). Dieses Blatt hatte sich nämlich in einer Pariser Correspondenz einige offene Bemerkungen über die „Allmacht“ des Kaisers erlaubt; es erhielt seine Verwarnung, weil es sich in beleidigenden Ausdrücken über die Rechte ergangen habe, welche der Kaiser von der Verfassung erhalten“. Wie man höchsten Orts über den Tiers-Parti denkt, geht am Besten aus dem heutigen „Pays“ hervor, das diese Deputirten wie die Schulbuben behandelt. „Die Mitglieder des Tiers-Parti“, sagt das officiöse Blatt, „sind Kinder, die mit dem Feuer spielen; sie bedenken nicht, daß der Reform, die man am 22. Februar 1848 verlangt hat, der 24. Februar gefolgt ist.“ Das „Pays“ liebt, wie es sagt, die Freiheit nicht,

sondern „es fürchtet sie“. Das „Pays“ spielt auf 1848 an, übersieht aber dabei ganz, daß Louis Philippe nicht stiel, weil er die Reform bewilligte, sondern einfach deshalb, weil er sie verweigerte. Wie heute, so hatte die Regierung auch damals die Majorität für sich. — Fast alle Journale, darunter sogar die „Patrie“, widmen der gestern gestorbenen Gemahlin Louis Philippe's einige Worte. Die „Patrie“ hebt dabei besonders hervor, daß die Königin sich zwei Mal für den Prinzen Louis Napoleon, wenn auch ohne Erfolg, verwandt habe. In Frankreich selbst steht sie in sehr gutem Andenken. Sie war eine einfache, fromme und miltthätige Frau, die gewiß keinen einzigen Feind hatte. — Das auswärtige Amt bereitet gegenwärtig in seinen Bureau die Grundlagen zu einem internationalen Uebereinkommen vor, durch welches mit Einem Schlage und in gleicher Weise das Paßwesen bei allen Nationen der Art geregelt werden sollte, daß die bisher mit dieser Institution verknüpften nutzlosen Placereien völlig abgeschafft würden. Frankreich will sich das Verdienst gewahrt sehen, für diese „civilisatorische und humanitäre Idee“ die Initiative allein ergriffen zu haben. Schon in dieser Woche sollen, wie ich höre, entsprechende Mittheilungen an die Vertreter Frankreichs im Auslande abgehen, denen in Bälde ein eingehendes Rundschreiben Drouyn de Lhuys' an die betreffenden Mächte nachfolgen würde. — In Lyon hat der größte Theil der Tischler die Arbeit eingestellt.

— 26. März. [Neuestes.] Die „Patrie“ meldet, daß der Kaiser gestern einen neuen Agenten der Donaufürstenthümer, und heute den Chef des mexikanischen Cabinets, Eloiin, empfangen hat. Letzterer ist mit einer vertraulichen Mission für Paris und Wien betraut.

* **Florenz, 24. März.** [Die Deputirtenkammer] hat sich heute bis zum 16. April vertagt.

* **Amerika.** [Zum Conflict. Die Fenier. Mexiko.] Ueber den Conflict, der zwischen dem Präsidenten und dem Congreß der Vereinigten Staaten ausgebrochen ist, enthält die „Nat. Ztg.“ eine sehr interessante Original-Correspondenz aus Newyork vom 7. März, die wir in Nachstehendem folgen lassen. Man schreibt ihr:

Nachdem der Bruch zwischen dem Präsidenten und dem Congreß erfolgt ist, haben sich, wie es in Ringkämpfen, nachdem der erste Schlag gefallen ist, oft vorkommt, beide Theile einander beobachtet, in der Parade gelegen und günstige Gelegenheiten zu erpäßen gesucht. Die Frage in Betreff der Beschätzung der Freigewordenen ist seitdem kaum mehr berührt worden, weil die Vetobotschaft des Präsidenten so umfassend ist, daß man kaum irgend eine Maßregel erfinden kann, für welche seine Sanction zu erlangen wäre. Wenn und nachdem einmal Herr Johnson erklärt hat, daß die Regier ihren ehemaligen Gebietern auf Gnade und Ungnade übergeben werden müssen und daß jeder Versuch, sie von Bundeswegen zu schützen, unstatthaft sei, kann man sich aller-

ang.
tion, sowie
e bei
et.
So
selbe
ufge-
krieg
ge-
uhen
Un-
über
zwei
Btg.
nän-
ein-
l in
der
wi
uf.)
Fu-
rste
Btg.
geht
Hien
ben-
beil-
den
euer
kati-
sche
unt,
enn
nei-
zu
in
iche
iere
er-
ier
der
de,
ten
er-
ber
en
as
as
er
B-
m
ng
er
e-
er

die Mäße, ihm neue Vorlagen zu unterbreiten, ersparen. Der Abfall der sechs, oder vielmehr nur zweier republikanischer Senatoren (denn die übrigen vier waren schon verloren) hat alle politischen Berechnungen, die man früher an die Möglichkeit eines Bruches mit dem Präsidenten knüpfen dürfte, zu Nichte gemacht. Bis das Veto erfolgte, war der Glaube allgemein, daß in beiden Häusern für alle solche Vorlagen, welche die reale Abschaffung der Sklaverei und die Erwerbung materieller Bürgerrechte für die Kriegskriegskräfte zum Zweck hätten, eine Zweidrittel-Majorität bestände. Wenn das der Fall war und die Majorität fest blieb, so war der Uebertritt des Präsidenten zur Reaction ein sehr geringes Unglück, denn seine Vetogewalt wäre alsdann thatsächlich annullirt gewesen. Aber durch den Abfall der Senatoren Morgan von Ohio, Norton von Minnesota und Stewart von Nevada ging im Senate jene Majorität verloren: statt der erforderlichen 33 Stimmen haben dort die verschiedenen Republikaner nur noch 30 bis 31. Das Repräsentantenhaus steht fest genug. Da hat Raymond kaum 2 oder 3 Mitglieder von der republikanischen Phalanx abzubrockeln versucht, und ist mit ihnen zusammen einfach in die verachtete Kategorie von Deserturen verlaufen. Von einer „Fraktion“ Raymond kann man nicht mehr, ohne der Sprache Gewalt anzuthun, reden. Aber was hilft's, daß die freisprechendliche Majorität des Repräsentantenhauses unverändert ist, wenn der Senat nicht Stand hält? — Wohl können beide Häuser mit einfacher Majorität alle möglichen Gesetzeswürfe und Beschlüsse annehmen, doch was ist damit gedient, so lange das Veto dahintersteht? — Und das nicht allein. Hinter dem Veto steht noch die dreiste Behauptung des Präsidenten, daß der Kongreß so lange, als die Südstaaten nicht in ihm vertreten sind, eigentlich gar keine legislatorische Befugniß habe.

In welchem Sinne die Reaction diese Behauptung auszuheilen gedenkt, ward vor wenigen Tagen vom Senator Garrett Davis aus Kentucky dargehan. Indem dieser die als Antwort auf das Veto vom Repräsentantenhaus angenommene Motion belämpfte, laut welcher die Vertreter der Rebellenstaaten so lange ausgeschlossen bleiben sollen, bis der Kongreß diese Staaten für purifizirt erklärt, rief er:

„Wenn dieser Antrag angenommen wird, so werden wir im Lande zwei Körperschaften haben: die eine bestehend aus den Vertretern des Südens und den demokratischen und konservativen (Raymond-Morgan'schen) Kongreßmitgliedern des Nordens, die andere nur aus den republikanischen Kongreßmitgliedern bestehend. Jede dieser beiden Körperschaften würde sich für den Kongreß der Vereinigten Staaten erklären und der Präsident würde zu entscheiden haben, welchen von beiden er als den rechtmäßigen anerkennen wollte. Da die erwähnte Körperschaft die Majorität sein würde, warum sollte nicht der Präsident sie als rechtmäßigen Kongreß anerkennen? ... Und wo würden dann die sanitischen Verfassungsfeinde von der andern (republikanischen) Seite des Hauses leben?“

Wenn solche Neuerungen im Senate zu Washington fallen können, wird sicherlich Niemand das, was an vorliegender Stelle vor acht Tagen über die staatsfeindliche Tendenz der Johnson'schen Politik gesagt worden, zu stark finden. Man denke sich nur! Ein demokratisch-sonderbarer Gegenkongreß und der Präsident als Richter darüber, ob der Kongreß oder diese rebellische Körperschaft als die legitime Nationalversammlung zu betrachten sei! — Und die demokratische Presse sekundirt diesen Planen in einem Tone, welcher uns um fünf Jahre in der Zeitrechnung zurückzusetzen scheint. „Wenn der radikale Kumpf“, so schreibt die in Chicago erscheinende „Times“, (die während des Kriegs als offenes Organ der Rebellen suspendirt werden mußte), „noch ferner daran besteht, die Vertreter von elf Staaten von ihren Sitzen auszuschließen und sich als den rechtmäßigen Kongreß der Vereinigten Staaten zu gebärden, so ist es die Pflicht des Präsidenten, ihn mit Waffengewalt zu sprengen und sich zum Cromwell unserer Zeit zu machen!“

Vor 1860 konnte man sich berechtigt glauben, solche Kasererien zu verachten, denn damals galt die Klust zwischen dem gebundenen Worte und der verbrecherischen That für unübersehblich. Aber seitdem hat das angelehrt. Und die Thatsache, daß Johnson ganz speziell seine persönlichen Freunde unter den Leuten vom Schläge jenes Kentucky Senators und unter Journalisten vom Schläge der Chicagoer „Times“ sucht, giebt zu denken. Und von einer Wiederherstellung aufrichtigen Vertrauens zwischen ihm und der Majorität des Kongresses kann keine Rede mehr sein, auch wenn die Nothwendigkeit, irgend etwas zu thun, einen Kompromiß und damit den Schein freundschaftlichen Zusammenwirkens hervorgerufen sollte.

Als Offerte zu einem solchen Kompromiß ist ein gestern vom Fünfhundertausch eingetragener Antrag auf Zulassung der Vertreter von Tennessee zu betrachten. Aber die Motive, auf welche der Antrag gestützt ist, und die Bedingungen, die dem Staate gestellt werden, sind der Art, daß ein neues Veto

des Präsidenten mit Sicherheit zu erwarten ist. Denn dieser leugnet rundweg, daß es überhaupt irgend einer Handlung der Bundesgesetzgebung bedürfe, um die Rebellenstaaten zur Repräsentation im Kongresse zu berechtigen; er behauptet, daß jeder dieser Staaten ein solches Recht bereits ohne alle Bedingungen hat, wenigstens seitdem er, Johnson, ihn „rekonstruirt“ hat. Die beantragte Resolution sagt dagegen ausdrücklich: „In Erwägung, daß das Volk von Tennessee sich in der Lage befindet, die Funktionen eines Staates der Union auszuüben, aber sie nur unter Zustimmung der Bundesgesetzgebung ausüben kann, wird hierdurch der Staat Tennessee für einen der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt unter der Bedingung u. s. w.“ — Die Annahme dieses Beschlusses kann, wenn der Präsident auf seiner Stellung beharrt, den Bruch nur erweitern.

Dasselbe gilt von einer im Senate eingebrachten Resolution Wilsons, welche für den Wiedereintritt der Rebellenstaaten in ihre normalen Bundesbeziehungen die folgenden zwei Bedingungen festsetzt: 1) Absolute Abschaffung aller Unterweisungen im bürgerlichen und Strafrecht zwischen Weißen und Negern. 2) Verleibung des Wahlrechts an solche volljährige Neger, die a) lesen können, oder b) Steuern zahlen, oder c) in der Bundesarmee oder Flotte gedient haben. — Wenn diese beiden Bedingungen angenommen würden und das Freedmen's-Büreau nur noch ein oder zwei Jahre in Thätigkeit bliebe, so wäre noch Alles gut. Allein, wie gesagt, es besteht so gut wie keine Hoffnung mehr, daß der Präsident darauf eingehen werde.

In Canada wächst die Furcht vor einer feindlichen Invasion stets mehr. Ausgedehnte kriegerische Anstalten werden im ganzen Lande getroffen. In einem am 7. d. abgehaltenen Ministerrathe wurde befohlen, 10,000 Freiwillige einzuberufen. Die ganze Miliz ist enrullirt und man erwartet ihre unverzügliche Enderufung. Man fürchtet eine feindliche Demonstration gegen Canada am St. Patrickstage und wahrscheinlich wird die Regierung vor dem Tage die Habeas corpus-Akte suspendiren. — Bei einem in New-York abgehaltenen Fenier-Meeting sprachen die Senatoren Mac-Dougal und Bright zu Gunsten der Bewegung und ersterer stellte ein Pferd und einen Degen — allerdings nicht viel zur Ausrüstung eines Feldzuges — zur Verfügung. Bei dieser Art Erscheinungen ist eine Nachricht des „International“ von Wichtigkeit, die allerdings noch der Bestätigung bedarf. Das Blatt will aus guter Quelle wissen, daß Herr Tronyn de Phurs die Versicherung gegeben habe, die Regierung von Washington werde den nordamerikanischen Fenieren weder einen Angriff auf Canada noch auf Irland gestatten. Hiermit übereinstimmend ist eine Bemerkung der „New-York-Times“. — In Mexiko scheinen Geldverlegenheiten gegenwärtig wieder die Hauptrolle zu spielen. Nach Mittheilung des „Morning Advertiser“ habe der Kaiser durch Dekret vom 20. Februar die Zahlungen der Regierung mit baarem Gelde suspendirt und den Bankscheimen der kaiserlichen Bank Zwangscours gegeben. Nachrichten aus Vera-Cruz bestätigen dies in so fern, als man am 23. Februar dort behauptete, daß der Kaiser die Ausgabe von Staatsnoten im Betrage von 20 Mill. Piastern autorisirt habe. Diese Maßregel hat begreiflicher Weise einen niederschlagenden Eindruck auf die Geschäftswelt gemacht. In Vera-Cruz stieg das Agio des baaren Geldes bis auf 50 pCt. und alle Handelsoperationen stockten.

Vereins-Beitrag.

* Berlin, 27. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein. Unterstützung von Parteigenossen.) Den Vereinsgenossen wird erinnert sein, daß der selbste Bevollmächtigte des Allg. deutsch. Arb.-Vereins für Berlin, H. Koller, durch seine Stellung als solcher in Verhältnisse verwickelt wurde, die ihn in Ausgaben versetzten, welche hier näher zu bezeichnen, aus bekannten Gründen, unthunlich ist. Da diese Ausgaben, in der Höhe von 20 Thalern, seine Mittel weit übersteigen, glauben wir an die Vereinsgenossen die Bitte richten zu dürfen, in ihren Versammlungen, zum Zwecke der Deckung dieser Zahlung, eine Sammlung freiwilliger Beiträge veranstalten, und, da die Zeit drängt, dies unverzüglich thun zu wollen. Wenn ein Jeder nur einen oder einen halben Silbergroschen giebt, so ist die erforderliche Summe leicht zu erreichen, ohne daß dem Einzelnen dadurch ein zu großes Opfer auferlegt wird. Solche Opfer aber, welche die allgemeine Sache dem Einzelnen auferlegen, müssen gemeinsam getragen werden. So fordert es das Interesse und die Ehre der Partei. Wir

ersuchen die geehrten Herren Bevollmächtigten oder sonstigen Vereinsgenossen, die sich darum annehmen wollen, die gesammelten Beiträge an uns einzusenden. Einwaige Ueberschüsse werden wir sodann an die Vereinskasse abführen und über die eingegangenen einzelnen Sendungen im Blatte quittiren.

Solingen, 21. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein. Erwiderung.) Der Artikel des Herrn C. F. Diltgen in Nr. 60 des „Soz. Dem.“ hat mich sehr befriedigt, indem er die Wahrheit meines Berichtes dadurch anerkennt, daß er wie eine Kugel um den heißen Brei denselben umgibt und in erschulmeisterlichen Phrasen als einer der größten Redner Deutschlands, wie er sich einst in Wormsleirchen zu benamens beliebte, seine dichterische Weisheit aufblüht.

Herr Diltgen, wenn ich auch als Arbeiter kein Schriftstellerisches Talent habe, so habe ich aber doch so viel, um den Leuten Ihres Gelichters die Wahrheit zu sagen. Freilich sind Sie am Literatenhimmel ein Stern erster Größe und als Dichter glänzen Sie auch nicht wenig, denn dies bezeugt schon Ihr Ihnen verliehener Titel: „Coburger Hopsot!“

Doch ist man, wie ich aus einer gewissen Unterredung erfahren, nicht gut auf Sie zu sprechen, was Sie noch später erfahren, und da müssen Sie doch um jeden Preis wieder zu Gnaden kommen, —

Wenn meinen Sie mit dem Nichtbehalten des Abonnements des Nordstern? Den so oft im Briefkasten jenes Blattes gemachten W. in S.? Ich für meinen Theil besitze rechtmäßige Quittungen, Jener aber macht sie selbst. Wenn Sie sich durch das Wort „herumlungen“ getroffen fühlen, so ist das Ihre Sache. Was nun die Untergrabungen der Schöpfung Lassalle's anbetrifft, so kenne ich kein Wort, das hart genug für Sie wäre, weil Sie sich in diesem Punkte noch verteidigen wollen! Doch „Qui s'excuse, s'accuse!“ (Wer sich entschuldiget, beschuldigt sich.) Wer war es, der in Gemeinschaft mit J. Ph. Veder im August v. J. ein neues Statut für den Verein entwarf? Wer war es, der so beimschlüssiger Weise die Granikule unseres Vereins zersthören wollte? Sie, Sie waren es, der hier seine Akerweisheit gern an den Mann bringen wollte! Pui! dreimal pui! Mit dem Rainszeichen auf der Stirn gehen Sie einber, aus Ihrem Auge schaut der Verräther! Das nennen Sie „Aufrechterhaltung der Organisation“? Es kümmerte mich wenig, ob ich als Redner in den Begmann'schen Bericht kam oder nicht, da aber von meiner Seite eine wahrheitsgetreue Berichtigung stattfand, so mußte ich dies, wollte ich nicht einseitig erscheinen, auch mit ansühren. Doch Sie haben bewiesen, daß Sie Ihren Namen gern gedruckt sehen; neulich in Wald, als Sie zu dem dortigen Wirth des Vereinslokals sagten, daß Sie auch mal einen Vortrag halten wollten, aber er müsse Sie im Blatte mit ansühren und Sie schrieben noch selbstgeizig die Annonce: „Vortrag des Hrn. Diltgen.“ Wie paßt das zu Ihrem Satze? Sie sagen, ich könnte Ihnen eine Beteiligungsung an einem social-demokratischen Blatte nicht verleiden. O, Sie in die Tiefen des Social-Demokratismus versunkener Social-Demokrat! Die Leute, welche Sie nicht kennen, sollten Wunder denken, was Sie für ein Verfechter des Socialismus wären; Ihnen kommt es, wie ja bekannt, nicht auf die Tendenz eines Blattes an, wenn Sie nur Ihren Namen in die Oeffentlichkeit bringen können. Gerade so ist es auch mit ihren Gesinnungen, sonst konnten Sie doch unmöglich einmal zu mir sagen: Am Samstag will ich einen Vortrag bei Ihnen halten, am Sonntag kann ich nicht, denn da halte ich im Casino zu Elberfeld einen Vortrag. Predigen Sie dort auch den Socialismus? Ich glaube nicht; denn die Casino-Herren würden wenig erbaut davon sein. Sie müssen also etwas sagen, was diesen Herren gefällt. Wo lägen Sie nun, bei den Arbeitern oder bei den Casino-Herren? Oder war das Ganze nur Schwindelei, um mir gegenüber als großer Gelehrter dazustehen? Dann irren Sie aber gewaltig, denn glauben Sie sicher, Herr Diltgen, daß ich meine Pappeneimer kenne. Sie rufen im Aufsatze ein paar Mal: das ist lässlich, widerlegen aber die auf Wahrheit beruhenden Erklärungen nicht, sprachen somit selbstgeizig das „Schuldig“ über Jene aus, die es angeht. Doch wissen Sie, was lässlich ist, Herr Diltgen? Ich will es Ihnen sagen: Ihre deutsch-grammatikalische Auslegung des §. 4 unseres Statuts. Sie haben mir schon früher ein langes und Breites darüber gesagt, aber ich hätte doch nicht erwartet, daß Sie als parteiischer Intelligenter (denn das sind Sie, indem Sie mich an einen Unparteiischen verweisen) sich so öffentlich blamiren würden. Sie wären ein guter sogenannter „Heden-Advokat“ geworden: sie könnten den Bauern die Gesetze verdröben, wie sie es gerne haben wollen. Doch zur Sache. Der §. 4 lautet: Die Angelegenheiten des

*) Die mit Strichen bezeichneten Stellen mußten, als zu sehr den Charakter persönlicher Anzüglichkeiten tragend, weggelassen werden.
Ann. d. Red. d. „Soz.-Dem.“